



Amerikanischer Abfangjäger vom Typ F-15

Nato-Streit ums Wetter

Ein Streit ums Wetter hat am Dienstag vergangener Woche zu minutenlangen Verzögerungen bei der Verfolgung der führerlosen sowjetischen MiG-23 über Westeuropa geführt. Der Pilot der Maschine war kurz nach dem Start im polnischen Kolberg wegen eines Triebwerkproblems mit dem Schleudersitz ausgestiegen, das Kampfflugzeug dann aber noch rund 900 Kilometer quer über Europa gerast, bis es nahe der belgischen Stadt Courtrai am Boden zer-

schellte. Dabei wurde ein 18jähriger Belgier getötet.

Die westliche Luftabwehr hatte die MiG bereits seit dem Start auf dem Radarschirm. Als sie um 9.37 Uhr in bundesdeutschen Luftraum bei Dannenberg eindrang, erhielten zwei amerikanische F-15-Abfangjäger im niederländischen Soesterberg den Befehl, den Eindringling aus dem Osten in Empfang zu nehmen. Es dauerte allerdings lange 13 Minuten, bis die Maschinen einer

Alarmstaffel des 32. amerikanischen Jagdgeschwaders endlich in der Luft waren.

Zwar hatten die auf Blitzstarts gedrillten Piloten ihre F-15 nach vier Minuten startklar. Doch der Kontrollturm von Soesterberg verweigerte die Erlaubnis zum Abheben. Das Wetter, so der Tower nach Rücksprache mit den Meteorologen, sei nach den Vorschriften für den Flugbetrieb im Frieden zu schlecht.

Nach längerem Hin und Her über Funk zwischen Kontrollturm, Piloten und Staffelpiloten beschlossen die Amerikaner schließlich, es liege ein „Alpha Scramble“ (Alarmstart höchster Priorität) vor. Sie starteten und erreichten die MiG nach kurzer Suche schließlich nahe dem westfälischen Rheine und verfolgten sie bis zum Absturz.

Weniger Probleme hatte die elektronische Aufklärung der Nato. Sie hatte die Funksprüche des sowjetischen Piloten aufgefangen und wußte, daß und warum er mit dem Schleudersitz ausgestiegen war. Die Militärs in Moskau dagegen hatten, so gab zwei Tage später der Vizechef der sowjetischen Luftwaffe, Gene-

Schwarze Datei

Das rheinland-pfälzische Umweltministerium will die Namen und Adressen der mehr als 63 000 Bürger, die Bedenken gegen das Atomkraftwerk Mülheim-



Übergabe von Einwendungen

Kärlich vorgebracht haben, an den Betreiber RWE und die Erbauer des Reaktors Asea Brown Boveri AG, ABB Reaktor GmbH und Hochtief AG weiterleiten. Damit droht dem Land, nach einer peinlichen Affäre um die erste Teilerrichtigungsgenehmigung des RWE-Reaktors (SPIEGEL 12/1989), nun noch ein Datenschutzskandal. Zwar sieht Paragraph 7 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung vor, daß „der Inhalt der Einwendungen“ dem Betreiber eines Atommeilers „bekanntzugeben“ sei, nicht jedoch Name und Anschrift. Mit diesen Informationen wären Atomunternehmen jederzeit in der Lage, schwarze

Listen über atomkritische Bürger anzulegen. Die rheinland-pfälzische Datenschutzkommission verweigerte „aus datenschutzrechtlichen Bedenken“ ihre Zustimmung zum Adressenhandel zwischen Ministerium und Firmen, doch ist das Votum für die Behörde nicht bindend. Die Vorgehensweise des Ministeri-

ums, einmalig in der Bundesrepublik, stößt noch in einem weiteren Punkt auf heftige Bedenken. Die Einwender sollen von einer Privatfirma in einer Datei erfaßt werden. „Spätestens dann ist kaum mehr kontrollierbar, was mit den Daten passiert“, kritisiert ein Mitglied der Datenschutzkommission.

Comics statt Unterricht

Skandalöse Verhältnisse an einer Schule für Kinder ausländischer Diplomaten in Bonn empören Eltern und Lehrer. Die deutsche Schulaufsicht jedoch sieht, so NRW-Kultusminister Hans Schwier, „keine Rechtsgrundlage für eine Überprüfung“, auch das Auswärtige Amt fühlt sich nicht zuständig.

In der „Bonn International Academy“ werden etwa 60 Kinder zwischen 5 und 17 Jahren mehr schlecht als recht verwahrt: Ausgebildete Pädagogen und Lehrmaterial sind ebenso Mangelware wie Toilettenpapier und Seife. Unterrichtsstoffe legt die Schulleiterin, so ehemalige Lehrkräfte in eidesstattlichen Versicherungen, willkürlich fest. Die Lehrer erklärten, sie müßten Fächer benoten, die nie unterrichtet werden; ein bis zwei Stunden am Tag würden die Kinder

mit Video-Comics ruhiggestellt. „Kinder aus der Dritten Welt“, rechtfertigte Schulchefin Shirley Maier die Zustände, seien schon „infolge ihrer Ernährung lethargisch“.

„Unsere Kinder lernen nicht einmal die Grundzüge des Lesens, Schreibens und Rechnens so, daß sie zu einer anderen englischsprachigen Schule wechseln können“, klagen Eltern in einer Protestnote.

Eine Alternative haben sie gleichwohl nicht: Deutsche Schulen kommen nicht in Betracht, da die Kinder mit ihren Eltern alle paar Jahre das Land wechseln müssen und deshalb eine englischsprachige Ausbildung brauchen. Die Amerikanische und die Britische Schule in Bonn aber sind für viele Emissäre aus ärmeren afrikanischen und asiatischen Ländern unerschwinglich.